



HESSISCHER LANDTAG

25. 08. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ausbildung stärken – Fachkräfte sichern: Berufliche Bildung in Hessen zukunftsfest machen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die duale Berufsausbildung ein zentraler Baustein für die Fachkräftesicherung und den wirtschaftlichen Erfolg in Hessen ist. Gleichzeitig stehen viele Ausbildungsbetriebe vor der Herausforderung, offene Ausbildungsplätze nicht besetzen zu können, während zahlreiche junge Menschen keinen passenden Ausbildungsplatz finden oder sich gegen eine Berufsausbildung entscheiden. Zugleich stellt die Neuordnung der Fachklassenstandorte, auch wenn sie zur Sicherung aller Berufsschulstandorte in Hessen unumgänglich ist, viele Ausbildungsbetriebe und Auszubildende vor neue Herausforderungen. Attraktive Rahmenbedingungen in der Ausbildung wie moderne Berufsschulen, mehr digitale und hybride Unterrichtskonzepte, mehr Unterstützung bei weiten Wegen zur Berufsschule sowie eine gute Berufsorientierung sind deswegen entscheidend, um mehr junge Menschen für eine Ausbildung zu gewinnen und Ausbildungsabbrüche zu vermeiden.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Hessen gemäß der Auswertung des Hessischen Statistischen Landesamtes seit Jahren im Durchschnitt rückläufig ist – auch wenn in einigen Ausbildungsberufen auch erfreuliche Entwicklungen zu verzeichnen sind. Im Jahr 2025 begannen lediglich 32.900 junge Menschen eine duale Berufsausbildung – drei Prozent weniger als im Vorjahr und 10,5 Prozent weniger als zehn Jahre zuvor. Gerade in vielen Berufen mit besonders hohem Fachkräftebedarf sinkt die Zahl der Auszubildenden weiter. Hessen braucht deshalb eine Ausbildungs-offensive, die die duale Berufsausbildung stärkt und jungen Menschen in Hessen vielfältige berufliche Perspektiven eröffnet.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:
 - a) zusätzlich 100 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes an die Kommunen weiterzuleiten, damit diese verstärkt in die Modernisierung und Ausstattung beruflicher Schulen investieren können;
 - b) ihrer Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag zur Gründung von Azubiwerken und zur Förderung von Azubiwohnheimen endlich Taten folgen zu lassen und u. a. ein festes Mindestbudget und konkrete Ausbauzielen für Azubiwohnheime vorzusehen;
 - c) Auszubildende stärker finanziell zu entlasten, indem der Mobilitätzuschuss für lange Fahrtwege ausgeweitet wird;
 - d) die Digitalisierung der beruflichen Schulen voranzutreiben und digitale Unterrichtsangebote als sinnvolle Ergänzung zum Präsenzunterricht insbesondere in überregionalen und Landesfachklassen der Berufsschulen stärker zu ermöglichen;
 - e) die Berufsorientierung an allen Schulformen auszubauen, insbesondere durch ein zweites Betriebspraktikum in der Sekundarstufe I an Gymnasien und längere und vielfältigere Praktikumsphasen sowie den Ausbau praxisnaher Modelle wie „SchulePlus“;
 - f) das erfolgreiche Konzept der Berufspraxisklassen für abschluss- und anschlussgefährdete Schülerinnen und Schüler (PUSCH-Klassen) deutlich auszuweiten und künftig an doppelt so vielen Schulen mit Hauptschulbildungsgang anzubieten;
 - g) darauf hinzuwirken, dass die bestehenden Ermessensspielräume im Rahmen der Erteilung einer Ausbildungsduldung oder einer Aufenthaltserlaubnis zur Berufsausbildung vollumfänglich ausgeschöpft werden, um gut integrierte und engagierte Auszubildende vor einer Abschiebung zu schützen;

- h) Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse durch Positivlisten für ausgewählte Berufe zu beschleunigen und dadurch den Einstieg qualifizierter Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu erleichtern;
- i) die verschiedenen Wege, um nach einer Ausbildung ein Studium aufzunehmen, intensiver zu bewerben und strukturell zu stärken, bspw. durch den Ausbau dualer Studiengänge;
- j) die Beratung zu einer Ausbildung für Studienzweiflerinnen und -zweifler sowie Studienabbrecherinnen und -abbrecher durch eine Verankerung von Handwerks- und Handelskammern in der Studienberatung an den hessischen Hochschulen zu stärken;
- k) die Pflegeausbildung durch eine flächendeckende sozialpädagogische Begleitung an allen Pflegeschulen zu stärken und so Ausbildungsabbrüche zu reduzieren;
- l) eine Praktikumsprämie für freiwillige Ferienpraktika im Handwerk nach dem Vorbild Thüringens einzuführen, um mehr Jugendliche frühzeitig für handwerkliche Berufe zu begeistern;
- m) die Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher nach dem Vorbild Bayerns zu reformieren sowie
- n) das Schulgeld an privaten Fachschulen für Sozialwesen vollständig abzuschaffen, um finanzielle Hürden für die Ausbildung in sozialen Berufen zu beseitigen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. August 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)